

85 Prozent wollen einen Mindestlohn

21.6.2011

Die Idee eines flächendeckenden Mindestlohns stösst auf breite Zustimmung. Das belegt eine vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Unia beim Meinungsforschungsinstitut Link in Auftrag gegebene repräsentative Befragung: Danach befürworten 85 Prozent der Bevölkerung einen gesetzlichen Mindestlohn als Mittel gegen die Tieflohnproblematik.



Als fairer Mindestlohn für einen Vollzeitjob wird im Durchschnitt ein solcher von 4487 Franken genannt. Das sind fast 500 Franken mehr als in der SGB-Mindestlohn-Initiative gefordert. Dieses eindrückliche Resultat überrascht nicht, denn fast 70 Prozent der Befragten sind überzeugt, dass in der Schweiz «viele oder sehr viele» Menschen nicht vom Lohn ihres Vollzeitjobs leben können.

Alessandro Pelizzari, Regiosekretär der Unia Genf, nannte heute an einer SGB-Presskonferenz in Bern drei Hauptgründe für die Notwendigkeit eines gesetzlichen Mindestlohnes: „Erstens die konstant niedrigen Löhne. Eine(r) von zehn Lohnabhängigen erhält in der Schweiz trotz Vollzeit-Anstellung kein existenzsicherndes Gehalt und verdient weniger als 4000 Franken im Monat (mal 12). Betroffen sind 300'000 Frauen und 100'000 Männer. Zweitens die wachsende Lohnschere: Eine kürzlich veröffentlichte Studie des SGB zeigt, dass die Lohnschere immer weiter aufgeht: 1997 erhielten die 40'000 bestverdienenden Arbeitnehmenden in der Schweiz (das entspricht etwa einem Prozent der Beschäftigten) 5,9% der Lohnsumme. Heute erhalten diese Spitzenverdiener 9,4% der Lohnsumme – ihr Anteil ist also um über 60% gewachsen. Drittens der Fehlende Lohnschutz: Ohne gesetzlichen Mindestlohn sind die Löhne nicht ausreichend gegen Lohndumping geschützt. Mehr als die Hälfte aller Lohnabhängigen ist nicht einem Gesamtarbeitsvertrag mit zwingenden Lohnbestimmungen unterstellt. Ihre Löhne kommen darum unter Druck.“

Besonders prekär ist die Lage gemäss Pelizzari in Grenzregionen wie dem Kanton Genf, wo die Unternehmen auch jenseits der Grenze Personal rekrutieren und so die Konkurrenz unter den Arbeitnehmenden verschärfen. Pelizzari: „Der Anteil der Tieflohnbezüger/innen stieg in Genf von 15,1% im Jahr 2000 auf 18,2% im Jahr 2008. Vor allem aber öffnete sich in dieser Periode die Lohnschere zwischen inländischen Arbeitnehmenden und Grenzgängern. Lag der Medianlohn der Grenzgänger im Jahr 2000 noch 10,7% unter demjenigen der Schweizer KollegInnen lag, betrug die Differenz 2008 bereits 16,3%. Die Löhne der Grenzgänger/innen im Tieflohnsektor sind in diesem Zeitraum sogar real zurückgegangen. Das trifft besonders in Branchen mit einem hohem Anteil an temporär arbeitenden Grenzgängern zu, etwa in der Chemie.“

Neuer Expertenbericht zur Tieflohnproblematik

Pelizzari forderte darum eine klare Verschärfung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit, vor allem im Bereich der Lohnbestimmungen. Ein gesetzlicher Mindestlohn sei überdies auch das beste Mittel gegen jegliche Art fremdenfeindlicher Versuche, die inländischen und ausländischen Arbeitnehmenden zu spalten.

An der Pressekonferenz stellte der SGB neue Zahlen zur Tieflohnproblematik in der Schweiz vor. Der Expertenbericht „Mindestlöhne – Situation und Handlungsbedarf“ kann über den SGB oder den Buchhandel (ISBN 978-3905708806) bezogen werden.

Für weitere Informationen: Hans Hartmann, Mediensprecher der Unia